

Haushaltsrede der Fraktion „Freie Wähler“ zum Haushaltsplan 2025

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Meine geschätzten Vorredner Werner Schnatterbeck, Anja Krug und Ruth Birkle zeichnen ein positives Bild, von Idealen und Sternen wurde gesprochen. Eher mehr Leistungen als weniger sollen kommen. Wir sehen das deutlich skeptischer, besonders mit Blick auf die Haushaltjahre 2026-2027.

Gestatten Sie mir ohne lange Vorrede direkt zur Sache zu kommen.

Der Haushaltsplan für 2025 ist noch nicht das ganz große Problem, aber wir sehen dunkle Wolken die unaufhaltsam auf uns zu kommen.

Diese werden sich mit Sicherheit nicht einfach auflösen, im Gegenteil. Der Wind kommt von verschiedenen Seiten und kann von uns nicht beeinflusst werden. Als Stichworte nur:

- Höhere Kreisumlage, u.a. wg. Unterstützung der Kreiskliniken und Soziallasten aller Art
- Geringerer Anstieg der allgemeinen Steuern, konjunkturbedingt und Steuerschätzung November = - weniger Mittel aus der Einkommensteuer und Umsatzsteuer
- Geringere Zuweisungen vom Land
- Der Finanzausgleich schlägt in 2026 und 2027 zu
- Gewerbesteuer ist auf einem Höchstniveau mit Unsicherheiten

Dazu kommen gesetzliche Verpflichtungen zur Ganztagsbetreuung an Schulen und dem Anspruch auf bessere Betreuung in den KiTas und Kindergärten.

Das waren nur die ganz großen Positionen, die uns belasten. Natürlich kommt dazu bei einem Haushaltvolumen von ca. 175 Mio € noch sehr viel mehr. Alles Wichtig, meistens Notwendig. Hier muss ich mich aber begrenzen, um den Zeitrahmen nicht zu sprengen.

Selbst bei einer Erholung der Konjunktur werden diese genannten, negativen Effekte nicht kurzfristig verschwinden.

Das bedeutet geringere Anstiege der Einnahmen und große Dynamik bei den Ausgaben.

Wir sehen bei der Planung ab 2026 jährliche Defizite im Ergebnishaushalt von 10 Millionen und Kreditaufnahmen in unrealistischen Größenordnungen.

Das bedeutet für uns, wir müssen **jetzt** gegensteuern und nicht erst in einem Jahr, wenn uns die Aufsichtsbehörde die Grenzen aufzeigen wird.

So kann das nicht weitergehen!

Alleine im Bereich der Personalkosten + 8,8% oder 3,6 Millionen auf 44,7 Millionen. Davon sind 1,4 Millionen für neue Stellen ausgewiesen. Der Rest von 2,2 Millionen ist unvermeidlich durch Tarifabschlüsse, Höhergruppierungen usw.

Im Vorjahr waren das auch schon über 10% Plus und mehr als 3 Millionen € zusätzlich.

Hier können bzw. müssen wir auf die Bremse treten und können nicht einfach alle Wünsche erfüllen.

Unser Antrag und Vorschlag ist eine Halbierung des von der Oberbürgermeisterin beantragten Stellenzuwachses. Unsere Initiative zum letzten Haushalt ist leider verpufft. Wir hatten konkrete Stellenkürzungen von 50% bzw. 8,3 weniger neue Stellen beantragt. Das Gremium hat danach einer Zusicherung der Verwaltung für eine pauschale Kürzung zugestimmt. Das Ergebnis ist, dass alle Stellen besetzt sind und entsprechend diese als gesetzt im neuen Haushalt fortgeschrieben werden müssen. Dazu kommen jetzt wieder 24 neue Stellen. Darüber ist im Anschluss abzustimmen.

Ich möchte bereits jetzt aufzeigen, was das für unsere Fraktion bedeutet:

Alternative A)

Bei Ablehnung unseres Antrages, bzw. abhängig ob sonst eine signifikante Kürzung erreicht wird:

Wir sehen in diesem Fall keine Bereitschaft vorausschauend einen Sparkurs zu fahren. Das können wir nicht mittragen! Aus diesem Grund werden wir den Haushalt für 2025 und vor allem für die Folgejahre ablehnen.

Alternative B)

Bei Annahme unseres Antrages:

Wir würden die Begrenzung des Stellenzuwachses mit Wirkung auf künftige Haushalte natürlich begrüßen

Das bedeutet „weniger Mehrausgaben“ in Höhe von ca. € 700.000,-. Für 2025 und die Folgejahre geht es um einige Millionen €.

Das wird Unzufriedenheit auslösen, nimmt aber nur die Entwicklung der nächsten Jahre vorweg, um auf diese besser vorbereitet zu sein.

Die Ausgestaltung ist in erster Linie Aufgabe der Verwaltung. Wir werden Einschnitte mittragen und uns nicht der unangenehmen Aufgabe entziehen.

Es wird für uns spannend und wegweisend sein, wie sich der Gemeinderat heute positioniert.

Natürlich gibt es weitere Projekte im vorliegenden Haushaltsplan, mit Weichenstellungen für die Zukunft, die wir gemeinsam beschlossen haben und realisieren müssen:

- **Albert Schweitzer Realschule mit 30 Mio**, im Bereich Bildung das dominierende Projekt der nächsten Jahre
- **Hochwasserschutz mit 15 Mio**, diese Mittel wurde bereits beschlossen, die Umsetzung scheiterte bisher leider am Einspruch weniger. Die Notwendigkeit ist unbestritten.
- **Umbau Bahnhofsbereich mit ZOB 14 Mio**, die Visitenkarte für Besucher die mit Bahn oder Bus nach Bruchsal kommen ist nicht mehr attraktiv. Auch der ÖPNV wird deutliche aufgewertet.

- **Kindergartenbau mit 7,5 Mio**, hier investieren wir weiter in die Zukunft unserer Kinder und Familien.
- und vieles mehr, z.B. das Vorhaben der Malteser für eine neue Rettungswache und die ehrenamtliche Notfallvorsorge

Bei so vielen sinnvollen Vorhaben bleibt für weitere Wünsche wenig Raum.

Dazu kommen die Töchter der Stadt Bruchsal, die mehr Mittel aus den künftigen Haushalten beanspruchen werden:

- **Stadtwerkeverbund** – die Energiewende gibt es nicht zum Nulltarif! Der Aufbau eines Netzes zu Fernwärmeversorgung kostet viel Geld und kann nur in Schritten realisiert werden. Gleichzeitig soll das Gasnetz bis 2039 praktisch stillgelegt werden. Ein dauerhafter Wertverlust mit entsprechendem Wegfall der Erträge.
- Das Stromnetz muss an die künftigen höheren Anforderungen angepasst werden. Wärmepumpen und E-Autos bei vermehrter dezentraler Einspeisung zwingen uns zum Umbau.
- Der Transformationsprozess ist mit unserem neuen Geschäftsführer Herrn Haag beschleunigt worden und erfordert Umstrukturierungen und Anfangsinvestitionen. Bis 2029 werden wir Kapital im Volumen von ca. 10 Mio aus dem Kernhaushalt in die Stadtwerke einbringen müssen.

Bruchsaler Wohnungsbaugesellschaft – auch hier gilt, bezahlbaren Wohnraum gibt es nicht zu Nulltarif! Mit dem Geschäftsführer Herrn Morales haben wir eine Stabilität erreicht und bieten verlässlich über 500 Wohnungen zu günstigen Mietsätzen und Nebenkosten an.

Wir haben bereits erhebliche Kapitaleinlagen geleistet um das Großprojekt „Wohnen am Saalbach“ mit 90 Wohnungen auf einem aktuellem Standard anbieten zu können. Leider verdienen wir damit kein Geld und das nächste noch größere Projekt zum „Wohnen am Schloßgarten“ überfordert die aktuellen Möglichkeiten.

Entweder wir investieren in großem Stil, was den Kernhaushalt der Stadt durch weiteren Kapitaleinlagen in Mio-Höhe belastet oder wir verlangsamen das Tempo des Ausbaus. Vielleicht müssen wir auch auf geplante Projekte verzichten, um den Bestand zu erhalten. Bei Projektgrößen im 2-stelligen Millionenbereich wird auch das Risiko größer.

BTMV – Wenn es dem Geschäftsführer Herrn Kowalski gelingt den Veranstaltungsbereich kostendeckend zu betreiben ist das ein großer Erfolg. Dennoch bedingt der Sanierungsstau im Gebäude und der technischen Ausstattung, dass Kapitaleinlagen oder Zuschüsse im 2-stelligen Mio-Bereich auf uns zu kommen. Das geht nur schrittweise, darüber müssen wir uns im Klaren sein.

In der Vergangenheit sind unsere Töchter weitgehend ohne Mittel aus dem Kernhaushalt klar gekommen. Je mehr wir von Ihnen erwarten – Stichwort Energiewende, Schwimmbäder, Stadtbus und Wohnungsbau und eine attraktives Bürgerzentrum mit Stadttheater - desto mehr Geld wird benötigt.

Ob wir uns all das künftig leisten können, versehen wir mit einem Fragezeichen.

Ich möchte zum Kernhaushalt der Stadt zurückkommen.

Wir befinden uns auch hier in einem Transformationsprozess, der leider viel zu langsam vorankommt. Die Digitalisierung soll die Lösung aller Probleme sein!

Wir müssen heute erkennen, dass die Voraussetzungen hierfür nicht oder noch nicht geschaffen wurden.

Wir haben bereits im Jahr 2015 Stellen für Prozessoptimierung und Organisationsuntersuchungen beantragt und auch bewilligt wurden. Diese wurden teilweise besetzt, aber durch eine hohe Fluktuation haben diese nicht die Wirkung gebracht, die wir uns gewünscht haben.

Heute, nach 10 Jahren (!) stehen wir an einem Punkt, dass die Verwaltung erkannt hat, wie wichtig das ist und es wird eine Ausweitung gefordert um richtigerweise mehr Geschwindigkeit in das Thema zu bringen. Das bedeutet aber zusätzliche Stellen. Einen Effekt durch Einsparungen als Ergebnis von mehr Effizienz sehen wir bisher nicht.

Das liegt auch daran, dass zuerst Prozesse analysiert und definiert werden müssen. Um Effekte zu erzielen sollten dann geeignete IT-Lösungen eingesetzt werden, die es aber nur unzureichend gibt und wohl mit einer „KommOne“ als Dienstleister der Kommunen auch viel zu schwerfällig realisiert wird. Der Weg zu einer digitalen Verwaltung wie zB im Bankenbereich oder bei der Industrie ist noch sehr weit. Wir leben noch zu sehr in einer analogen Welt obwohl viele Standardarbeiten Möglichkeiten der Rationalisierung bieten.

Die Freien Wähler sind frustriert, dass unsere Stadtverwaltung die Zeichen der Zeit nicht erkennt oder unzureichend darauf reagiert.

Vor einem Jahr haben wir Anregungen gegeben, die leider wie so oft nicht umgesetzt wurden, ich zitiere:

„Die Freien Wähler sind überzeugt, dass Lösungen nur bei Beteiligung aller Ämter und Mitarbeiter möglich sind. Wir bitten die Verwaltung, alle Amtsleiter aufzufordern Einsparpotentiale aufzuzeigen. Dazu gehört auch die Darstellung von Prozessuntersuchungen und den Stand von Digitalisierungsprojekten. Ziel muss eine effizientere und bürgerorientierte Verwaltung sein.

Das geht nur am Anfang des Jahres, da später die Haushaltsplanung wie in einem Ritual damit beginnt, weitere neue Stellen zu fordern und zu begründen. Dann ist es zu spät.

Das Ziel sollte ein Arbeitsblatt für jedes Amt auf einer Seite DIN A4 sein, denn in der Beschränkung wird nur das Wesentliche geschrieben. Unsere Fraktion wünscht sich im Anschluss die Vorlage und Diskussion hierüber in einem Ausschuß und im Gemeinderat noch im alten Gemeinderat und noch vor der Sommerpause 2024.“
Ende des Zitats vom 14.12.23

Wir wünschen uns, daß ein dritter Vortrag nicht notwendig sein wird.

Ein weiteres Anliegen zur Verbesserung der Einnahmen ist endlich die Aktivierung einer vorausschauenden Liegenschaftspolitik. Wenn, wie beim Oberen Weierberg II, einzelne immer wieder das Gesamtprojekt verzögern, müssen wir um so früher darangehen Grundstücke und Baugebiete zu entwickeln. Der Bedarf an Wohnungen ist groß, das Angebot an Grundstücken ist klein! Wir fordern die Stadtplanung und die Führung der Verwaltung auf, hier aktiv zu werden.

Unser Fazit:

Die Einnahmen werden spätestens ab 2026 nicht ausreichen, um alle Aufgaben und Wünsche zu erfüllen.

Allein die Mehrbelastungen seit der Einbringung des Haushalts am 22.10. bis heute zwingen uns zum Umdenken.

Wir könnten uns besser auf das was auf uns zukommt vorbereiten und tun das nicht bzw. unzureichend.

Nach der Behandlung der Anträge und vor der abschließenden Abstimmung bitten wir um eine kurze Pause zur Beratung innerhalb unserer Fraktion, ob wir dem Haushalt zustimmen können oder nicht.

Unabhängig hiervon werden wir dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Abwasser und der Vereinigten Stiftungen zustimmen.

Abschließend danken wir allen Bürgern unserer Stadt für Ihr Vertrauen in unsere Arbeit. Der besondere Dank gilt allen, die sich ehrenamtlich in Vereinen und vielfältigen Organisationen für ihre Mitbürger engagieren.

Die Fraktion der Freien Wähler wünscht Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin Petzold-Schick und Ihnen Herr Bürgermeister Glaser, sowie allen Verantwortlichen in den Fachbereichen und Ämtern, dass Sie motiviert und entscheidungsfreudig an die Umsetzung des Haushaltplanes gehen. Bitte denken Sie dabei schon an die herausfordernden Jahre die folgen werden.

Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Rathäusern und bei unseren Töchtern für Ihren täglichen Einsatz zum Wohl der Bürger unserer Stadt.

Ein besonderer Dank gilt wie immer allen Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat für die konstruktive Zusammenarbeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Bruchsal, den 17.12.2024



Roland Foos

Fraktionsvorsitzender der Fraktion „Freie Wähler“

Die Freien Wähler haben nach der Abstimmung über die vorliegenden Anträge den Haushalt abgelehnt. Der Sparwille der Mehrheit des Gemeinderats und der Verwaltung entspricht nicht unseren Vorstellungen einer vorausschauenden Haushaltspolitik.